

Für Österreich hat jüngst Georg Feigl (2016, 2017) ein vergleichbares Konzept vorgelegt. Konkret wird hier ein auf acht Zielsetzungen basierendes ‚magisches Vieleck‘ entwickelt (Fair verteilter materieller Wohlstand, Lebensqualität, Umwelt, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, stabile Staatstätigkeit, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stabile Finanzmärkte), das mit einem an *Wie geht's Österreich?* orientierten Indikatorenset verknüpft werden soll. Flankierend wird für die politisch-institutionelle Öffentlichkeit ein umfassender Steuerungsrahmen vorgeschlagen,<sup>5</sup> der sich aus Regeln und Verfahren im Sinne politischer Orientierungsmarken, aus einer indikatorenbasierten Analyse, aus neuen Institutionen u.a. in Gestalt eines sogenannten Wohlstandsrates sowie aus Prozeduren vergleichbar dem Europäischen Semester zusammensetzt.<sup>6</sup> Zwecks Überwindung von mit den politischen Kräfteverhältnissen verbundenen Hindernissen entwickelt Feigl etwa in Form von Arbeitszeitverkürzungen und öffentlichen Investitionen zudem eine Reihe konkreter Einstiegsprojekte in eine wohlstandsorientierte Politik.

### **(1.2) Die Indikatorendebatte im zeitgeschichtlichen Kontext**

Die Kritik an der überragenden Bedeutung des BIP kann, wie ausgeführt wurde, als Ausdruck des mit der multiplen Krise ab 2007 einsetzenden Unbehagens darüber verstanden werden, was eigentlich gesellschaftlicher Fortschritt und individuelles Wohlbefinden bedeuten. Die Krise ist eben nicht nur eine von Wirtschaft und Finanzmärkten, sondern sie artikuliert sich mit der ökologischen Krise, sozialer Spaltung und einer zunehmenden Krise der sozialen Reproduktion, mit der Verdichtung und Prekarisierung von Arbeit sowie mit einer wachsenden Krise der gesellschaftlichen Repräsentation, wie sie sich etwa im Aufstieg rechtsextremer Parteien zeigt.

Doch die Vorstellungen, Praktiken und institutionellen Rahmenbedingungen von Wohlstand und Lebensqualität sind umkämpft. Welche Formen der Produktion und des individuellen wie kollektiven Konsums sind ihre Grundlage? Welche Produktion sollte also

---

<sup>5</sup> Neben Vorschlägen für eine bessere Verankerung wohlstandsorientierter Politik in der politisch-institutionellen Öffentlichkeit werden von Feigl (2017) auch solche in Bezug auf die mediale bzw. wissenschaftliche Öffentlichkeit skizziert. Exemplarisch verwiesen sei hier etwa auf den Vorschlag der Einbeziehung alternativer Indikatoren in die Prognose-Tätigkeit der Wirtschaftsforschungsinstitute.

<sup>6</sup> In einem Sonderkapitel des *Independent Annual Growth Survey (iAGS) 2017* haben Feigl und andere jüngst Vorschläge für komplementäre Maßnahmen seitens der Europäischen Union entwickelt. Von zentraler Bedeutung sind hier vor allem wohlstandsorientierte *Governance*-Strukturen u.a. in Gestalt eines Wohlstandsrates, der mit ExpertInnen aus den Bereichen Ökonomie, Soziales und Umwelt besetzt, sowie eines Wohlstandsberichts, der von besagtem Politikberatungsgremium auf EU-Ebene erstellt werden soll (vgl. Timbeau et al. 2016: 85f.).

(etwa im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge) ausgeweitet, welche (beispielsweise von der Automobilität hin zu anderen Mobilitätsformen) verändert werden? Was für Vorstellungen von Wohlstand und ‚gutem Leben‘ gibt es? Geht es also um den Konsum möglichst günstiger Produkte, deren sozialer und ökologischer Produktionsprozess ausgeblendet wird? Oder geht es eher um den Konsum von langlebigeren, vielleicht auch weniger materiellen Gütern – dafür aber stärker um ein an guten sozialen Netzwerken und ökologisch sensiblen Lebensweisen ausgerichtetes Leben auch jenseits der Versorgung mit dem Grundlegenden? Welche Formen der Erwerbsarbeit und der nicht-bezahlten Arbeit (Hausarbeit, Versorgungsarbeit usw.) – Letztere nimmt durchschnittlich insbesondere für Frauen immer noch einen größeren Teil der Zeit in Anspruch –, aber auch welches Verhältnis zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit (*work-life-balance*) tragen zu einem erfüllten Leben bei? Wie werden persönliche Sicherheiten und individuelle Freiheiten, politische Partizipationsmöglichkeiten und eine lebenswerte Umwelt jenseits individuellen Einkommens gewährleistet?

Tim Jackson (2011) hat in seinem aufsehen erregenden Buch *Wohlstand ohne Wachstum* gefragt, wie Wohlstand beschaffen sein soll, „der es den Menschen ermöglicht, ein gutes Leben zu führen, mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft zu schaffen, mehr Wohlbefinden zu erfahren und trotzdem die materiellen Umweltbelastungen zu reduzieren“ (ebd.: 54). Dabei vertraut er weder auf wirtschaftliches Wachstum noch auf technologische Lösungen, denn diese seien eine Selbsttäuschung. Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem bedarf Jackson zufolge vielmehr politischer Rahmenbedingungen wie etwa einer ökologischen Steuerreform und strikter Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen. Es bedarf aber auch kultureller Veränderungen wie etwa eines Abbaus des Konsumismus, einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, einer Stärkung der Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen sowie einer Unterstützung südlicher Länder beim Umbau ihrer Ökonomien (vgl. ebd.: 175ff.).

So zeigen die GesundheitsforscherInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) mit dichtem empirischen Material: „Wirtschaftswachstum war für lange Zeit Motor des Fortschritts, doch in den reichen Ländern ist dieser Antrieb inzwischen weitgehend erschöpft. Das ökonomische Wachstum ist nicht mehr wie einst von Maßnahmen für das Wohlergehen und Wohlbefinden der Bürger begleitet. Schlimmer noch: Langfristig haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zugenommen.“ (ebd.: 20) Mehr Gleichheit, so die grundlegende These ihres

internationalen Vergleichs, schafft bessere soziale Beziehungen, so wie umgekehrt gesundheitliche und soziale Probleme in Ländern mit großen Einkommensdifferenzen signifikant stärker sind (vgl. ebd.: 35/61). Wirtschaftswachstum verschärfe demgegenüber soziale Probleme, da es in Gesellschaften mit weitgehend gesicherten Grundbedürfnissen zur Entstehung oder Entfaltung von Konkurrenz und Konsumismus beiträgt. Entsprechend benötigen die Menschen einen anderen Blick auf ihre eigenen Gesellschaften, um ein breiteres Verständnis von Lebensqualität zu erhalten.

Die inzwischen sehr ausdifferenzierte Diskussion um *Beyond GDP* und Postwachstum der letzten Jahre hat deutlich gemacht, dass es nicht um ein apodiktisches ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ zu Wachstum geht, sondern um eine Neuformulierung von individuellem und gesellschaftlichem Wohlstand und Fortschritt. Als problematisch wird nicht wirtschaftliches Wachstum per se gesehen: In Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Pflege, aber auch was erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft oder nachhaltige Angebote für Mobilität anbelangt, müssen gesellschaftliche Angebote eher ausgeweitet werden. Es geht vielmehr um eine gesellschaftspolitische Kritik und Schwächung der *kapitalistischen Wachstumstreiber*. Diese sind eng verbunden mit den Profitinteressen privater Investoren und ihrer Financiers, den Akkumulationserfordernissen kapitalistischer Gesellschaften, den einseitigen gewerkschaftlichen Orientierungen an Umverteilung, den Finanzgrundlagen des Staates und den Subjektivierungen der Menschen (vgl. etwa Schmelzer/Passadakis 2011; Welzer 2011; Brand 2014; Muraca 2014; Reuter 2015; AK Postwachstum 2016).

Diese knappen Bemerkungen zum Kontext und zu zentralen Argumenten der aktuellen Debatte zeigen, dass die Diskussion um den Stellenwert des BIP einen gesellschaftspolitischen Kern hat. Die Art und Weise, wie Wohlstand und Lebensqualität geschaffen werden – das heißt, wie die Bedingungen für ein auskömmliches und sinnerfülltes Leben in einer Gesellschaft gestaltet sind –, ist abhängig von politischen Auseinandersetzungen, Kräfteverhältnissen und Strategien, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bedingen; kurz, sie ist umkämpft. Zugespitzt formuliert bedeutet dies auch, dass die Frage, inwiefern diese Strategien Teil einer kohärent formulierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind oder eher Teil eines krisengetriebenen und durch die Positionssicherung der Eliten induzierten ‚muddling through‘, historisch offen ist.

### **(1.3) Zum Anliegen der Studie**

Unter anderem aufbauend auf Erkenntnisse aus den genannten Arbeiten und eingedenk des knapp skizzierten zeitgeschichtlichen Kontextes fragt die vorliegende Studie nach den